

## Protokoll

Über die Konferenzsitzung des Landtages vom 27. November 1941

Beginn vormittags 9 Uhr

Reg. Vertreter Reg. Chef Dr. Hoop

Abwesend der Abg. Eberle Franz, Triesen

Die 2 Protokolle der letzten Sitzung werden nach Anbringung von 2 Ergänzungen genehmigt.

Gemäss Antrag des Abg. Eug. Schädler sollte das neue Gewerbe-gesetz als erster Punkt behandelt werden. Präsident Frommelt stellt den Antrag, vorerst noch den Bericht der Geschäftsprüfungskommission für 1940 zu behandeln und lässt über diese 2 Anträge abstimmen. In beiden Fällen werden 6 Stimmen dafür abgegeben, sodass die Stimme des Präsidenten entseidet, der sich für die Behandlung des Geschäftsprüfungskommissionsberichtes entscheidet, worauf der Landtag zur Behandlung desselben schreitet und kapitelweise durchnimmt.

Die Anregung der GPK, dass dieselbe je eils am Anfang des Jahres gewählt werden soll, wird gutgeheissen, wobei sie sich selber konstituieren ~~MMMM~~ und nicht mehr auf eine Einladung warten soll. Ueber Antrag des Reg. Chefs, die GPK jeweils bei der Vornahme der Bürowahlen zu bestellen, wird in der Abstimmung dieser Antrag einstimmig gutgeheissen. Für das Jahr 1941 bestellt der Landtag ~~MMH~~ in mehrheitlichem Beschluss die alte Geschäftsprüfungskommission, die ihre Tätigkeit über das Jahr 1941 ehestens aufnehmen soll.

Reg. Chef Dr. Hoop nimmt weiter Stellung zur Bemängelung der GPK, dass die 3 Herren der Regierung viel auswärts seien. Er führt aus, dass man das im allgemeinen zu vermeiden suche, doch träten eben oft Fälle auf, dass keiner der 3 Herren im Bureau sei. Dr. Vogt als Referent für die Landwirtschaft müsse viel auswärts und in den Gemeinden sein, dann habe er Sitzungen beim Lawenawerk und habe wiederholt mit den Behörden in Feldkirch wegen Viehalpung und Hereinschaffung der Molkeerprodukte etz. verhandeln müssen. Ebenso müsse der eine oder andere viel nach Feldkirch wegen des Grenzverkehrs. Ferner seien Verhandlungen in Bern sehr häufig. Die kriegswirtschaftlichen

Massnahmen erfordern Teilnahme an Sitzungen in der Schweiz. Auch im Lande selbst seien eine Unmenge Sitzungen notwendig im Zusammenhange mit der Kriegswirtschaft. So komme es eben vor, dass die Leute manchmal keinen der 3 Herren im Bureau antreffe. Nach Möglichkeit jedoch suche man das zu vermeiden.

Bühler fragt an, ob es stimme dass Herr Sieger als Kurator des Postmuseums in einer Briefmarkenzeitung nicht günstig über die liecht. Marken geschrieben habe.

Präsident gibt die nötigen Aufklärungen und bejaht, dass über eine der letzten Markenausgabe nicht sehr freundlich geschrieben worden sei. Den Grund dieser Schreibweise vermöge er jedoch nicht ganz einzusehen. Er vermute aber, dass es mehr eine persönliche Sache sei. Die aufgestellte Behauptung, dass der Absatz der liecht. Marken so abnehme, werde durch den tatsächlichen erfreulichen Absatz Lügen gestraft. Diese Mitteilung bittet der Präsident, streng vertraulich zu behandeln.

Kindle fragt an, ob die Konferenz mit den Tierärzten stattgefunden habe.

Reg. Chef teilt mit, dass die Rechnungen derselben nun verschiedentlich gekürzt worden seien. Auch dürfen diese nur mehr die Impfstoffe berechnen.

Kindle regt an, dass die Alpgenossenschaften mit der Hälfte der Kosten der bezogenen Medikamente aus dem Depot am Steg belastet werden, es werde dann besser gespart. Der Depothalter müsste dann die Abgabe der Medikamente aufnotieren.

Bühler stellt den Antrag, dass dieses Depot seitens des Landes überhaupt aufgegeben werde und die Genossenschaften sich selbst mit Medikamenten versorgen.

Der Antrag Kindle's, dass vom Depothalter am Steg eine Kontrollliste geführt werde über die Abgabe der Verbandstoffe etc. und die Genossenschaften dann halbscheidig mit der Hälfte der Kosten belastet werde, wird mit 10 Stimmen angenommen. Der Antrag Bühler's fällt in der Abstimmung mit 4 Stimmen.

Sele fragt an, wie sich die neue Revisionstelle bewährt habe. Er habe Kritik gehört, dass einzelne Gemeinden oder Kassiere nicht damit zu-

frieden seien.

Reg. Chef und Präsi fent klären auf, dass bei der Regierung keine Reklamationen eingegangen seien, im Gegenteil, habe man dort von einzelnen Kassieren nur anerkennende Worte gehört.

Beim Punkt Ernährungsamt kommt der Landtag auch auf die Preistreiberei und den Schwarzhandel zu sprechen. Es werden energische Massnahmen gegen diese Ausschreitungen verlangt. Insbesondere wird seitens des Landtages nicht verstanden, dass die Vaduzer ihre Milch in der Zentrale teurer verkaufen, als andere Gemeinden und er wünscht, dass auch die Vaduzer den Höchstpreis einhalten. Auch die Genossenschaft Vaduz müsse jetzt ein Opfer bringen umsomehr, als sie noch Reserven besitze, und auch früher gute Zeiten gehabt habe. Risch und Sele verweisen darauf, dass Vaduz Milch zukaufen müsse und man könne nicht verlangen, dass die Genossenschaft darauf zahle und in Vaduz könne man die Milch nicht so billig produzieren, wie im Unterland. Die Reserve sei zur Anschaffung dringender Neueinrichtungen angelegt worden. Eine Ingerenz seitens der Abgeordneten verspreche nicht viel Erfolg.

Bei Punkt Briefmarkenverschleiss erkundigt sich Kindle, ob Herr Hächler nun die Unterlagen gesandt habe.

Präsident klärt auf, dass es noch nicht erfolgt sei. Hächler sei aber die letzte Zeit hier gewesen und er habe ihm energisch zu verstehen gegeben, dass die Sachen baldigst her müssen. Wenn er diese Sachen die nächste Zeit nicht schicke, werde man es holen müssen.

Kindle erkundigt sich, ob etwas gegangen sei wegen der Benützung des Balzner Rheinwuhres. Es führe dies zu Konsequenzen für andere Gemeinden. Dieser Misstand müsse beseitigt werden.

Präsident erwähnt, dass das Bauamt reklamiert habe und in der Regierung seien Beschlüsse gefasst worden, aber die Durchführung sei ausserordentlich schwer.

Reg. Chef glaubt, dass man entweder die Ziegen und Schafe wegschleusen oder pfänden müsste, *sonst man erfolgreich vorgehen wollte.*

Risch spricht sich für eine Verpachtung an die Balzner Genossenschaften aus.

Präsident bemerkt, dass man das nicht machen könne und dürfe, *solange man kein gentliches Problem bei*

Brunhart Heinr. Es sei eine Gewalttätigkeit seitens der Ziegenbe-

sitzer. Man hätte sollen die nehmen, welche die Pfähle entfernt haben, man hätte sie schon bekommen.

#### Alkoholsteuerrückstände.

Kindle spricht sich für eine rücksichtslose und energische Hereinbringung dieser Ausstenstände aus. Nur mit Mahnen allein werde man diese nicht hereinringen, es müssten schon Zwangsmassnahmen getroffen werden.

Dr. Vogt führt aus, dass es nicht empfehlenswert sei, eine Reihe Objekte über den Haufen zu werfen, allmählich werde man die Rückstände bei der heute herrschenden Umsichtigkeit hereinbringen.

Bühler macht bei dieser Gelegenheit auf einen Fall in Mauren aufmerksam, wo ein schulpflichtiges Mädchen eine Gastwirtschaft führe und macht die Behörden auf die Folgen aufmerksam. Das Mädchen gehe so dem moralischen Ruin entgegen und er bittet die Behörden, hier zum Rechten zu sehen.

Präsident nimmt dies zur Kenntnis und stellt Abhilfe in Aussicht.

#### Landgericht

Kindle verweist auf die Rückstände beim Landgericht, die unbedingt aufgeräumt werden sollten. Es seien noch ganz alte Sachen anhängig, die einmal aus der Welt geschafft werden müssen.

#### Arbeitsamt

Reg. Chef stellt fest, dass die Gemeindearbeitsämter zum grössten Teile nicht funktionieren und die Regierung überlege sich, den Antrag auf Abschaffung derselben zu stellen.

Sele bemängelt, dass die Unternehmer zu wenig Interesse für das Arbeitsbuch haben und nur mangelhafte Eintragungen machen. Er fordert hier eine schärfere Kontrolle durch eine Stelle.

Seitens der Gewerbetreibenden wird erwähnt, dass die Arbeiter in erster Linie hier Ordnung halten sollten in ihrem Interesse.

#### Sparkasse.

Kindle ist ungehalten, dass der Direktor der Sparkasse anlässlich einer beabsichtigten Kontrolle sie rundweg mit Lächeln abgewiesen habe. Er sei zwar froh, wenn er nicht mehr hinunter müsse, aber es sollte doch abgeklärt werden, ob man ein Recht habe.

Dr. Schädler hält dafür, dass die GPK die Kontrollmöglichkeit haben

müsse. Auskünfte allgemeiner Art müsse die Sparkasse geben.  
Präsident lässt keinen Zweifel darüber aufkommen, dass die GPK  
 berechtigt sei, Fragen allgemeiner Natur wie über Personal, Lokale  
 etc. soweit sie nicht das Geschäftsgeheimnis berühren, zu stellen.

Mittagspause. Fortsetzung 2 Uhr.

Bühler hält die Zuständigkeit der GPK zur Prüfung bei der Spar-  
 kasse als gesetzlich nicht gegeben. Auch die Erteilung allgemei-  
 ner Auskünfte könnte seines Erachtens zu Komplikationen führen.  
 Im Sparkasengesetz sei ausdrücklich umschreiben, wer die Kontrolle  
 auszuüben habe, es sei ein Geldinstitut und er warne vor einer sol-  
 chen Kontrolle. Er halte sich an das Gesetz und wenn es gesetzlich  
 festgelegt werde, so sei er der erste, der dafür eintrete, dass die  
 GPK ein Recht der Kontrolle habe. Das Institut gebe ja auch jähr-  
 lich einen Geschäftsbericht zu Händen des Landtages heraus und  
 das sollte genügen. Er sei dagegen, dass die GPK sich an den Ver-  
 walter wende, der nicht zur Auskunftserteilung berechtigt sei.

Die zuständige Behörde wäre wohl der Verwaltungsrat.

Risch bemerkt, dass sie nur Auskünfte allgemeiner Art gewünscht  
 haben. Es wäre ihnen ferne gelegen, über etwas Auskunft zu Fragen,  
 was das Geschäftsgeheimnis tangiert hätte.

Bühler bemerkt, dass der Verwaltungsrat persönlich die Verantwortung  
 trage und es sei nirgends verankert, dass jemand anders mitreden  
 könne und solange jedes Verwaltungsratsmitglied persönlich hafte,  
 sei ein Dreinreden nicht möglich.

Präsident Die Diskretion der Sparkasse und die internen Angelegen-  
 heiten dürfen natürlich nicht durch eine Kontrolle der GPK  
 tangiert werden. Letztere aber habe ein Interesse zu wissen, wie  
 es allgemein stehe und was für den Landtag von Belang sein sei und  
 das müsse der GPK auch eingeräumt werden. Die Frage, ob die GPK  
 bei der Sparkasse Eintritt habe oder nicht, ist unbedingt zu bejahen.

Der Landtag stimmt in der Abstimmung mit 8 Stimmen dafür, dass die  
 GPK inskünftig berechtigt sei, bei der Sparkasse im Sinne der Diskus-  
 sion Informationen allgemeiner Art einzuholen, mit 8 Stimmen zu.

Dagegen stimmt der Abg. Bühler.

Soziales

Reg. Chef gibt Aufklärung über die derzeitige Unterstützungspraxis. Er hält dafür, dass weniger Missbrauch vorkommen würde, wenn das Unterstützungswesen in den einzelnen Gemeinden gehandhabt würde. Die Auskünfte der Ortsvorstellungen seien nur oberflächlich und andererseits scheuten sich die Leute, mit der Gemeinde etwas zu tun zu haben. Das ganze Problem sei nicht auf die idealste Weise gelöst, aber bis jetzt habe man keine bessere Lösung gefunden und es müsste eine eigene Stelle geschaffen werden, wenn es einigermaßen klappen sollte und die allgemeine Uebersicht vorhanden sein sollte. Kindle glaubt, dass die Unverschämten besser zum Zuge kommen und die verschämten Armen seien im Nachteil.

Der Bericht der GPK ist damit zur Kenntnis genommen worden und wird vom Landtage als erledigt betrachtet.

Bühler beantragt, dass noch Beschluss gefasst werde über die Erledigung des Berichtes der Geschäftsprüfungskommission für die Jahre 1939 und 1940. Derselbe sei wohl einmal gelesen aber weiter nicht behandelt worden.

Der Präsident lässt darüber abstimmen, wer damit einverstanden sei, dass der GPK-Bericht für 1939 und 1940 mit der Behandlung vom 7. Mai 1940 als erledigt zu betrachten sei? ~~MINNEN~~

~~MINNEN~~ Die Abstimmung erfolgt mit einer Stimme <sup>dagegen</sup> Enthaltung.

Bühler regt eine Maissammlung im Lande für die notleidende Bevölkerung von Triesenberg an. Wenn jeder nur eine Kleinigkeit gebe, so könne die grösste Not gelindert werden.

Risch und Wachter befürworten eine solche Aktion.

Der Landtag ersucht die Regierung, im geeigneten Zeitpunkte solche Sammelaktionen für Triesenberg veranlassen zu wollen.

## II. Beschaffung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte für 1942.

Reg. Chef glaubt, dass man Mittel und Wege suchen müsse, um etwas Besseres zu schaffen. Das letztjährige System habe kläglich versagt, weil nicht eine generelle Erfassung der Jahrgänge erfolgt sei und zu viel Ausnahmen gemacht worden seien. Als Grundsatz für die zukünftige Regelung müsse gelten, keine Ausnahmen mehr zu gestatten.

Es hätten sich bei der Regierung folgende 3 Varianten herausgebildet:

1. Alle Jahrgänge zusammenzufassen in einem Arbeitslager und von diesem aus die Landwirte mit den nötigen Hilfskräften versorgen.
2. Vorerst den einzelnen Jahrgängen die Möglichkeit lassen, eine Stelle bei einem Bauer anzutreten und diejenigen, die sich weigern in ein Lager zu stecken oder sonst mit Zwangsmassnahmen zu traktieren.
3. Ganz auf freiwilliger Basis bei Erhöhung der Knechtprämien, um dadurch einen erhöhten Anreiz zu bieten, wobei die Bauern auch höhere Löhne zu zahlen hätten.

Dr. Schädler glaubt, dass es auf freiwilliger Basis nicht geht, das habe sich letztes Jahr zur Genüge gezeigt. Der einzig mögliche Weg erscheine ihm die Zusammenfassung in einem Arbeitslager.

Risch Der Hauptzweck sei, dass die Landwirte Knechte bekommen. Die Regierung soll die Sache gründlich studieren und wenn es noch Geld kostete, so sei es nicht ganz verworfen.

Eug. Schädler spricht sich für die 2. Variante aus.

Reg. Chef glaubt, dass man mit der Variante 2. am besten durchkomme. Die Hauptsache sei, dass man Knechte auftreibe, damit die Landwirte befriedigt werden können. Man müsste dabei mit den Sanktionen bis zum äussersten schreiten.

Kindle beantragt, dass die Leute, die heuer ihr Landjahr nicht gemacht haben, nicht frei ausgehen. Zur Strafe sollten sie auch heuer herangezogen werden.

Oehri glaubt, dass man auf dem freiwilligen System nicht auskomme. Ausnahmen dürften überhaupt keine mehr gemacht werden. Ohne Zwangsmassnahmen werde man nicht durchkommen.

Kindle erkundigt sich, was der Arbeitsdienst kosten würde.

Reg. Chef bemerkt, dass nach der Schätzung Dr. Vogt's mit 100,000 Fr. zu rechnen sei für alles drum und dran und die Schätzung sei nicht zu hoch gegriffen.

Dr. Schädler hält diesen Voranschlag für zu hoch. Die Regierung soll die Sache einmal prüfen und berechnen, damit der Landtag ein genaues Bild habe. Es gehe nichts anders, wenn man das ganze Problem lösen wolle.

Reg. Chef befürchtet, dass mit diesem System den Bauern nicht geholfen sei. Die Knechtfrage sei nicht gelöst und die Kosten seien erheblich. Man müsse die Knechte heraussuchen aus den Jahrgängen. Bühler beantragt, das Hauptgewicht der Lösung auf die Einführung von Stosstrupps auf freiwilliger Basis zu legen. Es müsse in jeder Gemeinde individuell gemacht werden. In Mauren habe sich das heuer gut ausgewirkt. Im Grossen und Ganzen sei bei ihnen alles auf den Füßen u. am Schaffen. Wenn wir ganze Jahrgänge herausnehmen, reissen wir auch wieder Lücken, das sei auch ein Problem. Es könnte unter der Leitung eines Regierungsbeauftragten in den Gemeinden eine Kommission von etwa 2 Mann gewählt werden, die dann diese Lösung durchzuführen hätten. Jeder müsse in Stosstrupps gewisse Stunden arbeiten. Mit dem Arbeitslager werden die Leute ausspringen und ins Ausland gehen. Auch Lehrlinge und alles müsse herangezogen werden. Auch die Mädchen sollen herangezogen werden. Wenn man mit Ruhe und Vernunft die Sache packen gehe es so auch.

Matt unterstützt die Ausführungen Bühler's. Es gäbe viele Leute, die ihren Sohn selber brauchen. Mit Stosstrupps lasse sich das machen. Das Wort Knecht sei das niedrigste, was sich die jungen Leute denken. Die Anbauschlacht werde so geschlagen werden können und die jungen Leute seien nicht zum Viehzüchten und zum Mästen der Bauern da. Der Bauer habe heute Preise, dass er einem Knecht auch einen richtigen Lohn zahlen könne. Er würde jedem gewisse Arbeitsstunden vorschreiben. Es sei nicht notwendig, dass ein Bauer soviel pflanze und die jungen Leute um wenig Lohn ihm arbeiten müssten.

Dr. Schädler glaubt, dass der Dessertation ohne weiters Einhalt geboten werden könne. Er wendet sich gegen die Auffassung, dass das Knechten auf der untersten Stufe stehe. Die Arbeit sei ehrenwert. Es müsse aber etwas Ganzes gemacht werden, denn die Situation sei ernst genug.

Präsident glaubt, dass man mit der Lösung Bühlers auch nicht ganz zum Ziele komme. Viele Leute werden drausspringen. Dass die Mädchen auch herangezogen werden, sei nicht von der Hand zu weisen. Es müsse eine ganze Lösung gefunden werden. Wenn ~~man~~ eine im Frühjahr versage, stehe man wieder blamiert da.

Viele glaubt, dass es auf freiwilliger Basis nicht gehe.

Brunhart Louis bucht den letztjährigen Misserfolg auf die vielen Ausnahmen, die gemacht worden seien. Hier müsste ganz radikal vorgegangen werden.

Präsident verweist auf die Tatsache, dass einer schon einen Knecht angesellt habe und er selber dann auf den Verdienst gegangen sei, auch das dürfte nicht mehr vorkommen.

Bühler er sei nicht gegen den Arbeitsdienst, aber es fehle bei uns die Exekutive, es lasse sich nicht durchführen.

Wachter glaubt, dass man ohne Lager nicht auskomme.

Hoop tritt dafür ein, dass auch keiner von diesen dann mehr auf die Alpe dürfe.

Sele regt an, dass die Bauern einen erhöhten Taglohn zahlen für Arbeiter.

Schluss der Sitzung 5 Uhr.

*Arbeits  
Minister  
Fritz Eberle*